



REDEMANUSKRIFT

Plenarsitzung – TOP 8

Drohende Streckenstilllegungen verhindern – Keine Kürzung bei Regionalisierungsmitteln in Ostdeutschland

Beratung des Antrags der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 18/8392

12. Mai 2016

Es gilt das gesprochene Wort!



Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Entwicklung des Schienen-Personen-Nahverkehrs ist seit der Bahnreform eine Erfolgsgeschichte.

Da sind wir uns ganz einig!

Einig sind wir uns nicht, und das zeigt der wiederholte Antrag der LINKEN auf Erhöhung der Regionalisierungsmittel.

Der erste Antrag der Linken wurde bereits kürzlich abgelehnt. Nur weil ein Antrag zwei Mal gestellt wird, ist er dadurch nicht besser.

Wir bleiben daher bei unserer Ablehnung.



Meine Damen und Herren,

ein gut ausgebauter Öffentlicher Personennahverkehr ist eine der Grundlagen unserer hohen Lebensqualität.

In den Städten und auf dem Land.

Der deutsche Nahverkehr ist so gut ausgebaut wie in kaum einem anderen Land!

Jeden Tag nutzen 30 Millionen Menschen den ÖPNV und die Fahrgastzahlen sind in den vergangenen Jahren stetig angestiegen.

Deswegen gilt es natürlich auch in Zukunft, die gute Qualität des ÖPNV und des Schienen-Personen-Nahverkehrs zu halten bzw. noch zu steigern.



Die Regionalisierungsmittel spielen hier eine zentrale Rolle, die auch vom Bund unterstützt wird.

Deshalb hat sich der Bund mit den Ländern am 24. September des vergangenen Jahres auf eine Erhöhung und Dynamisierung der Mittel verständigt.

Dass Sie als LINKE jetzt so tun, als würde der Bund den Nahverkehr links liegen lassen, ist schlichtweg falsch!

Der Beschluss vom vergangenen Jahr zeigt doch ganz klar:

Die Mittel des Bundes werden erhöht.

Der Nahverkehr wird gestärkt!



Die Regionalisierungsmittel wurden 2016 von 7,4 Milliarden auf 8 Milliarden Euro erhöht. Das ist ein Plus von satten 600 Millionen Euro.

Zudem sollen die Mittel bis einschließlich 2031 jedes Jahr um 1,8 Prozent steigen. Dies sind im nächsten Jahr 144 Millionen Euro mehr!

Das ist eine deutliche Steigerung und zeigt unsere Wertschätzung für den Nahverkehr!

Diesem Ausbau der Förderung haben alle zugestimmt: Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder, der Deutsche Bundestag und der Bundesrat.



Ich möchte noch besonders betonen:

Die Länder haben sowohl bei der Besprechung mit der Bundeskanzlerin im September 2015, als auch am 16. Oktober 2015 im Bundesrat dem Kompromiss als Empfehlung des Vermittlungsausschusses zugestimmt!

Das beinhaltet sowohl die Erhöhung um 600 Millionen Euro auf 8 Milliarden Euro und die Dynamisierung der Mittel, als auch die Verteilung der Mittel nach dem Kieler Schlüssel!

Es kann daher nicht sein, dass Sie sich jetzt hinstellen und den Kompromiss kurz nach der Zustimmung wieder in Frage stellen und kippen wollen.



Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn die LINKE jetzt mehr Mittel fordert, wird das der Sache nicht gerecht.

Ich erwarte ganz klar, dass die Länder nun zügig zu einer einvernehmlichen Einigung kommen, auf deren Basis durch eine Rechtsverordnung die Verteilung der Mittel geregelt werden kann.

Der vorliegende Kompromiss ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung des Nahverkehrs.

An einem weiteren wichtigen Schritt arbeiten wir derzeit:

So diskutieren wir morgen hier im Plenum in der 1. Lesung das Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs im Eisenbahnbereich.



Denn neben der Erhöhung der Regionalisierungsmittel müssen wir vor allem auch für mehr Wettbewerb und Effizienz im Eisenbahnsektor sorgen.

Dazu gehört unter anderem der diskriminierungsfreie Zugang zur Eisenbahninfrastruktur für alle Eisenbahnverkehrsunternehmen und die Neugestaltung der Entregulierung für die Nutzung der Schienenwege.

So können Infrastrukturkosten und Trassenentgelte gesenkt werden.

Zusammen sorgen diese Regelungen dafür, dass unser Nahverkehr auch langfristig hervorragend ausgebaut und qualitativ hochwertig bleibt!

Ihre Anträge, geehrte Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN, greifen dagegen viel zu kurz



und Ihre Forderungen tragen schlichtweg nicht allen Aspekten des Sachverhalts Rechnung.

Deshalb schließe ich mich der Empfehlung des Verkehrsausschusses an und lehne Ihren Antrag ab.